

I n f o r m a t i o n
über die Arbeiterkonferenz der SEW am 5. Oktober 1986

Der Parteivorstand der SEW führte am 5. Oktober 1986 eine Arbeiterkonferenz durch.

Im Zentrum der Konferenz standen die Forderungen nach Frieden und Abrüstung, für Arbeit, gegen Sozialabbau, für Mitbestimmung. An der Konferenz nahmen über 400 Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Mitglieder alternativer Bewegungen und von Friedensinitiativen teil. In vier Arbeitsgruppen kamen mehr als 120 Konferenzteilnehmer zu Wort.

Zur Eröffnung sprach Horst Schmitt, Parteivorsitzender. Das Referat hielt Klaus Feske, Mitglied des Büros und des Sekretariats des Parteivorstandes. Die Diskussion wurde vom stellvertretenden Parteivorsitzenden Dietmar Ahrens zusammengefaßt.

I.

In der Eröffnungsansprache verwies H. Schmitt auf den untrennbaren Zusammenhang von Frieden und Arbeit. Er begrüßte das von Michail Gorbatschow initiierte Treffen mit Ronald Reagan und drückte die Hoffnung aus, daß damit bessere Voraussetzungen für einen Atomteststopp und den Abbau nuklearer Raketen geschaffen werden. Die Aktionen der weltumspannenden Friedensbewegung, zu der auch die Friedensbewegung in Westberlin gehöre, an der die SEW einen unverzichtbaren Anteil habe, hätten zur Vereinbarung des Treffens beigetragen.

Er würdigte die Begegnungen und Gespräche des Genossen Michail Gorbatschow mit den Genossen Erich Honecker, Herbert Mies und Horst Schmitt in Moskau anläßlich der Einweihung des Denkmals für Ernst Thälmann. Die Teilnehmer des Treffens waren sich darin einig, alle Kraft dafür einzusetzen, damit von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht und alles für die Erhaltung des Friedens geschieht. Auf die DDR verweisend, hob Horst Schmitt hervor, daß sich die Westberliner Arbeiter an ihrem Beispiel davon überzeugen könnten, daß nur der Sozialismus in der Lage ist, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt im Interesse der Arbeiterklasse, des ganzen Volkes zu meistern.

II.

Klaus Feske wies darauf hin, daß auch in Betrieben und Gewerkschaften der Kampf um die Sicherung des Friedens und für Abrüstung an erster Stelle stehen müsse. Das sei die wichtigste Voraussetzung für die Lösung aller sozialer Fragen.

Ausgehend von den Interessen, Sorgen und Nöten der Westberliner Arbeiter wandte sich der Referent gegen die anhaltende Vernichtung von Arbeitsplätzen und den Sozialabbau. Er setzte sich prinzipiell und beweiskräftig mit der Politik des CDU/FDP-Senats auseinander. Seit 1981 wurden mehr als 170 Gesetze und Verordnungen gegen die Rechte und Interessen der Bevölkerung erlassen. Beispiele dafür sind die Kürzung des Arbeitslosengeldes für

Erwerbslose ohne Kinder, Erhöhung der Kostenbeteiligung bei Gewährung von Gesundheits- und Sozialleistungen sowie für öffentliche Gebühren und Tarife.

Entschieden wandte sich der Referent gegen den ständigen Abbau von Arbeitsplätzen und widerlegte die Behauptung, der Senat habe durch seine Wirtschaftspolitik neue Arbeitsplätze geschaffen. Über 80 000 Werkstätige waren im vergangenen Monat als Arbeitslose von den Arbeitsämtern registriert, das sind mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Besonders katastrophal sei die Lage der Jugendlichen. Allein in diesem Jahr fehlten für 2 052 Jungen und Mädchen nach der Berufsausbildung die Arbeitsplätze und für 4 737 Schüler begann die Arbeitslosigkeit gleich nach Schulabschluß. Mindestens 150 000 Westberliner müßten von unzureichender Sozialhilfe leben.

Von 1981 bis 1985 erhöhten sich jährlich im Durchschnitt die Preise für Versorgungstarife um 5,7 Prozent, für örtliche Verkehrstarife um 8,1 Prozent, Gebühren für Besuche kultureller Einrichtungen und Veranstaltungen um 11 Prozent. Das beweise, daß der Senat zu den größten Preistreibern gehöre. Eines der übelsten Kapitel der Umverteilung öffentlicher Mittel sind die Subventionen und Steuerpräferenzen, von denen vor allem das Großkapital profitiert. Die Bauskandale und Bestechungsaffären reißen nicht ab. Gegenwärtig sitzen ein Staatssekretär und drei Bezirksstadträte wegen Korruption im Gefängnis.

K. Feske wandte sich gegen alle gewerkschaftsfeindlichen Angriffe. Er betonte, daß die Einheitsgewerkschaft eine große Errungenschaft der Arbeiterklasse sei, die es auch zu verteidigen gelte trotz der Ereignisse in der „Neuen Heimat“. Die Konferenz gab zugleich eine Orientierung auf die bevorstehenden Betriebsrätewahlen und Tarifrunden.

III.

Die SEW forderte auf der Arbeiterkonferenz die Fraktionen der SPD und der AL des Abgeordnetenhauses auf, die Verfassungsgrundsätze durchzusetzen, die Politik der Sozialdemontage zu stoppen, den weiteren Abbau demokratischer Rechte zu verhindern und von der Arbeiterklasse Erkämpftes verteidigen zu helfen.

Die Fraktionen der SPD und AL im Abgeordnetenhaus wurden aufgerufen, die Initiative für die Ausarbeitung von Beschäftigungsprogrammen zu ergreifen, damit die über 109 000 Arbeitsuchenden einen Vollarbeitsplatz erhalten.

Von Abgeordnetenhaus und Senat wurde die Schaffung eines städtischen Bauhofs gefordert, damit die über 8 000 arbeitslosen Bauarbeiter wieder Lohn und Brot bekommen.

Ferner wurde an die Fraktionen des Abgeordnetenhauses appelliert, eine Verordnung für Preisstopp bei allen öffentlichen Dienstleistungen und Gebühren zu erlassen und die parlamentarische Initiative zu ergreifen, um die Mietpreisbindung als Dauerrecht zu sichern und den Sozialhilfesatz auf 1000 DM zu erhöhen.

IV.

Im Mittelpunkt der regen Diskussion standen Fragen

- des gegenwärtigen Standes und der Perspektiven der Friedensbewegung,
- der künftigen Arbeitszeitgestaltung, des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit und für Arbeiterrechte,

- des Erhalts und Ausbaus der senatseigenen Betriebe, gegen ihre Privatisierung,
- des Rechts der Jugend auf Ausbildung.

Viele Diskussionsredner bekräftigten, die größte Bedrohung der Menschheit gehe heute von der Reagan-Administration aus, von ihrem Streben, durch das SDI-Programm den Weltraum zu militarisieren. Einhellig herrschte die Meinung vor, daß auch der Einfluß der Friedensbewegung zum Zustandekommen des bevorstehenden Treffens zwischen M. Gorbatschow und R. Reagan in Reykjavik, dem positiven Abschluß der Stockholmer Konferenz und den Genfer Abrüstungsgesprächen mit beigetragen habe.

Mehrfach wurde in der Diskussion festgestellt, daß die Bereitschaft, über die sowjetischen Friedensvorschläge zu diskutieren, spürbar zugenommen habe. Nicht immer wird vom einzelnen Kollegen erkannt, inwieweit er bereits unmittelbar von der Konfrontations- und Aufrüstungspolitik betroffen ist. Es sei notwendig, stärker als bisher Zusammenhänge zwischen Rüstungsausgaben und der allgemeinen sozialen Verschlechterung aufzuzeigen. Es wurde darauf hingewiesen, daß mit der Anti-Atomkraftwerksbewegung noch stärker das Gespräch gesucht werden müsse, um sie mehr in den aktiven Friedenskampf einzubeziehen. Der Druck auf den Senat müsse erhöht werden, damit er sich von der bisherigen USA-hörigen Politik abwende und zu einer Politik im Interesse der Bevölkerung Westberlins finde.

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Tarifrunden wurde hervorgehoben, daß die künftige Arbeitszeitgestaltung eines der wichtigsten aktuellen tarifpolitischen Probleme ist. Bei Arbeitszeitverkürzungen dürfe es zu keiner weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeit kommen. Unter Betriebsfunktionären gebe es jedoch die Auffassung, daß es nach dem geänderten Paragraphen 116 des sogenannten Arbeitsförderungsgesetzes kaum zu dem früheren Umfang der Streikkämpfe kommen werde. Es wurde festgestellt, daß die bisherigen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betriebsräte völlig unzureichend sind. Erforderlich sei eine „neue Qualität“ von Mitbestimmung. Der Vorschlag der SEW, für die überbetriebliche Mitbestimmung und Kontrolle einen Wirtschaftsrat zu bilden, fand Zustimmung.

Die Angriffe auf das öffentliche Gesundheitswesen seit Antritt des CDU/FDP-Senats hätten zum Ziel, durch Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Kostenbeteiligung der Versicherten neue profitable Kapitalanlagesphären zu schaffen. Gleichzeitig würden die Rechte der Beschäftigten abgebaut. Wie ein sozialdemokratischer Diskussionsredner aus einem Westberliner Krankenhaus betonte, habe diese Arbeiterkonferenz einen wichtigen Beitrag für die Einheit im Kampf gegen die reaktionäre Senatspolitik geleistet.

Zahlreiche Jugendliche meldeten sich zu Wort für die Durchsetzung des Rechts der Jugend auf Arbeit, für bessere Aus- und Weiterbildungschancen. Kritisiert wurde von ihnen, daß der Senat die Kosten für die berufliche Bildung immer mehr auf die werktätigen Steuerzahler abwälzt, daß die Ausbildungsqualität nicht den Ansprüchen gerecht wird, daß es nach wie vor an Lehrstellen mangelt. Die Vorschläge der SEW vom Februar dieses Jahres an die Parteien des Abgeordnetenhauses zum Erlaß eines Gesetzes zur Errichtung eines Berufsausbildungsfonds, der aus dem Umsatz der Unternehmer finanziert werden soll, und zur Festlegung von Ausbildungsquoten für Groß- und Mittelbetriebe fanden die Zustimmung der Konferenzteilnehmer.

Dietmar Ahrens wandte sich im Namen des Parteivorstandes von der Arbeiterkonferenz an alle, die im genannten Sinne etwas verändern wollen, unabhängig, ob sie Mitglied der SEW, der SPD, der AL, ob sie evangelisch oder katholisch, ob sie Gewerkschafter oder noch nicht organisiert seien, um so alle Kräfte zu vereinen. In den Arbeitsgruppen seien Fragen

besprochen worden, die von der zugespitzten internationalen Lage auf die Tagesordnung gesetzt wurden.

Die Konferenz wertete er als einen Beitrag für den großen Dialog in Westberlin für Kernwaffenteststopp, gegen SDI, für sichere Arbeitsplätze und für mehr Arbeiterrechte.